

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postämtern und Buch-
handlungen des In- u. Auslandes.

Official-Expeditoren.
New-York: Geo. Demott, Wollen-
schaffs-Abtheilung, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: T. G. Fox, 630 North
2nd Street.
J. Bell, 1129 Charlotte Str.
Chicago: H. Benfermann, 296 Divi-
sion Street.
San Francisco: J. G. Day, 418 O'Far-
rell Street.
London: Paulin, 5 Nassau Street,
Middlesex Hospital.

An die Parteigenossen!

Seit dem 8. d. sind in Sachsen, seit dem 10. d. in Preußen und — ungefähr um dieselbe Zeit — auch in dem übrigen Deutschland die Wahlerlisten auf 8 Tage öffentlich ausgelegt.

Die Partei- und Gesinnungsgenossen haben darauf zu sehen, daß eine genaue Durchsicht der Wahllisten stattfindet.

Wahlberechtigt ist jeder Deutsche, welcher bis zum Tage der Auslegung der Listen das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat.

Jeder Wähler ist an dem Orte, wo er seinen Wohnsitz hat, in die Wahlliste einzutragen und hat das Recht, sich der Eintragung seines Namens zu vergewissern. Jeder, dessen Name am Tage der Wahl nicht in der Wahlliste steht, hat kein Stimmrecht; Reklamationen am Wahltag gelten nicht.

Die Durchsicht ist am Besten so zu organisiren, daß Einer das genaue Namensverzeichnis von möglichst vielen Gesinnungsgenossen anfertigt und dieses mit der offiziellen Liste vergleicht und diejenigen, deren Namen fehlen, sofort benachrichtigt, damit sie reklamiren.

Parteigenossen, Ihr kennt den Werth des Wahlrechts! Das wählende Volk hat am 10. Januar des kommenden Jahres zu Gericht zu sitzen und das Urtheil zu sprechen über Kaiser und Reich. Das Wahlrecht macht den Knecht zum Herren. Zunächst nur für den Einen Wahltag. Wenn aber verständig und von Allen benutzt, bald zum Herren für immer, richtiger: zum freien Mann.

Hunderttausende konnten bei den letzten Wahlen dieses ihr höchstes Staatsbürgerrecht nicht ausüben, wurden von der Wahlurne zurückgewiesen, weil die Wahlerlisten nachlässig geführt worden, und die Wähler, deren Namen man nicht aufgeführt hatte, zu nachlässig gewesen waren, die Wahlerlisten einzusehen.

Parteigenossen, verhütet, daß Aehnliches sich diesmal wiederhole!

Thue Jeder seine Schuldigkeit, und achte Jeder darauf, daß auch der Andere seine Schuldigkeit thue!

Die erste Hauptschlacht des Wahlfeldzugs wird um die Wahlerlisten geschlagen. In mehr als Einem Wahlbezirk kann diese Schlacht zur entscheidenden Schlacht werden.

Bedenkt, daß es am 10. Januar in manchem Wahlbezirk auf wenige Stimmen ankommen wird.

Bedenkt, welche Verantwortlichkeit die Parteigenossen eines Bezirks auf sich laden würden, wenn uns der Sieg entginge, weil sie es versäumt, die Wahlerlisten rechtzeitig und gründlich zu prüfen.

Also sorgfältig die Wahlerlisten geprüft und die Einschreibung der fehlenden Namen erwirkt, damit keine Stimme uns fehle am 10. Januar 1877!

Die Verbreitung

von Flugchriften und Wahlaufrufen ist im Wahlkampf eins der wichtigsten Agitationsmittel, und muß deshalb bei Zeiten dafür gesorgt werden, daß dieselbe so glatt wie möglich vor sich gehen kann. Zu diesem Zwecke ist in erster Linie zu rathen, daß die betreffenden Genossen sich auf Grund § 5 des Preßgesetzes eine Legitimation zur nichtgewerbsmäßigen Verbreitung von Schriften einholen.

In vielen Fällen hat man zwar bei den vorigen Wahlen Seitens der betreffenden Behörden davon abgesehen, daß eine Legitimation bei Verbreitung der Wahlaufrufe erforderlich sei, und wo die Gensdarmen dieses Geschäft besorgen, was häufig vorgekommen, war natürlich erst recht davon keine Rede. Auf der andern Seite ist es aber auch passiert, daß Verbreiter von solchen Schriften abgefaßt, eingekerkert, und erst wieder entlassen wurden, als ihre Thätigkeit keinen Zweck mehr hatte.

Es ist also wohl angebracht, daß man die kleine Mühe nicht scheut, sich die Legitimationen zu beschaffen. Zu diesem Zweck ist es zunächst erforderlich, daß man sich bei der Ortspolizei-Be-
hörde eine Bescheinigung darüber ausstellen läßt, daß § 57 der Gewerbeordnung auf den Einkommenden keine Anwendung findet. Dieser § bezieht sich darauf, daß Niemanden die Legitimation verweigert werden darf, der nicht mit einer abfälschenden oder anstößigen Krankheit behaftet sei; unter Polizei-Aufsicht steht; wegen strafbarer Handlungen gegen das Eigenthum, die Sittlichkeit u. s. w. zu mindesten 6 Wochen verurtheilt oder aber in der Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte beschränkt wurde; wegen gewohnheitsmäßiger

Sodann richtet man das Gesuch um Ertheilung der Legitimation unter Beifügung der polizeilichen Bescheinigung an die höhere Verwaltungsbehörde. Welches diese Behörde ist, ist im Allgemeinen nicht entschieden; bis jetzt wurden in Preußen die Landrathsämter dafür gehalten. Dagegen hat die Regierung der Provinz Schleswig-Holstein auf eine Beschwerde über ein die Ausstellung der Legitimation verweigerndes Landrathsamt entschieden, daß sie, diese Behörde sei. Es muß also vorher bei den Polizei-Behörden oder den Landrathsämtern (in Hannover den Landdrostereien) der übrigen preussischen Provinzen angefragt werden, an welche Behörde man sich mit dem Gesuch zu wenden habe.

Ferner haben wir unsere Genossen noch auf einen anderen Punkt aufmerksam zu machen: Wie wichtig es ist, daß die Wahlhandlung von ihnen überwacht wird, hat sich bei den vorigen Wahlen in einer Menge Fälle gezeigt. Nun ist es aber vorgekommen, daß man Wählern aus anderen Bezirken den Zutritt zum Wahllokale verweigerte, und in Folge dessen da, wo keine Leute aus dem Bezirke die Ueberwachung besorgen konnten, eine solche Unterbrechung gänzlich fehlte. Es liegt aber auf der Hand, daß sich die Oeffentlichkeit der Wahlhandlung darauf bezieht, daß jeder Mann Zutritt zu dem Lokale hat, jedenfalls aber jeder Wähler aus dem betreffenden Wahlkreise. (Nur bei Zusammenstellung der Wahlergebnisse aus den einzelnen Bezirken ist ausdrücklich im § 26 des Reglements betont, daß Wähler Zutritt haben.)

Es müssen also die betreffenden Wahlcommissare durch Eingaben veranlaßt werden, an die Wahlvorstände der einzelnen Wahlbezirke Weisung zu lassen, daß sie Niemanden, wenigstens aber keinen Wähler aus dem Lokale weissen dürfen, wenn derselbe auch nicht in dem betreffenden Bezirke zu wählen hat; und daß weiter die Wahlvorstände nicht nach Beendigung der Stimmabgabe (6 Uhr Abends) das Wahllokale abschließen dürfen, wie dies schon in zahlreichen Fällen beliebt wurde.

Scheinwerthe.

Es giebt eine große Klasse von Werthen, zu deren wissenschaftlicher Untersuchung Karl Marx in dem ersten Bande seines „Kapital“ noch nicht hat gelangen können, deren arge Schädlichkeit aber baldige Beleuchtung verdient. Es sind dies die Scheinwerthe — oder auch künstlichen, oder Repräsentativ-Werthe.

So lange der Austausch von Werthen (Waaren oder Diensten) frei ist, werden nur gleiche Werthe ausgetauscht. Denn die Tauschenden bemessen den Werth beider Gebrauchsgegenstände mit oder ohne Wissen und Willen nach der darin vertheilichten durchschnittlichen Arbeitszeit, und tauschen nur, wenn sie dieselbe gleich finden. Jeder Tauschgegenstand ist also ein Gebrauchswerth (ein sinnlich wahrnehmbares Nahrungs-, Kleidungs-, Behältnis-, Schutz-, Schmuck-, Bildungs- oder Erholungsmittel) aber nicht für den, der es vertauscht, sondern für den, der es sich eintauscht. Der Tauschwerth aber oder Werth schlechthin ist nichts Sinnliches, sondern bloß im Geiste der Tauschenden vorhanden — eine Abstraktion verkörperter Arbeitszeit. Dies ist die Grundlage aller von Marx neuentdeckten ökonomischen Wahrheiten. Es gilt, immer im Auge zu behalten, daß dieser natürlich gerechte Austausch von Gleichwerthen bloß da, und bloß insoweit vorhanden ist, als die Tauschenden frei sind.

Bei den Werthen, welche wir hier untersuchen wollen, findet von alledem mehr oder weniger das Gegentheil statt. Betrachten wir z. B. einen Staatsschuldchein. Es ist erstens ein künstlich, d. h. durch Staatsgesetze geschaffener Werth. Das Stück Papier, worauf er gedruckt und unterschrieben steht, hat gar keinen Gebrauchswerth als solches, und man kann damit kein menschliches Bedürfnis befriedigen. Wäre sein Werth nicht durch ein Gesetz geschaffen, so würde Niemand das Mindeste dafür hingeben; jetzt giebt man vielleicht eine sehr große Menge nützlicher Waaren oder Dienste dafür hin. Macht der Staat, der es zum Werthe gestempelt hat, Bankrott, so wird es völlig werthlos. Der Staatsschuldchein verleiht sich ferner nicht ein abschätzbares Maß von Arbeitszeit; sein Werth richtet sich nicht nach der jetzmaligen Produktivität der Arbeit des Verkäufers, sinkt nicht, wenn diese steigt, steigt nicht, wenn diese fällt — wie das bei jeder andern Art Tauschwerthe der Fall ist, sondern ist ein für allemal festgesetzt, obgleich der Marktpreis dafür schwanken mag. Endlich ist der Handel mit dem Staatsschuldchein auch nicht in demjenigen Sinne frei, wie die oben betrachtete Art Austausch; denn der Staat giebt demjenigen, welcher ihm hundert Thaler borgt, zwar ein Zahlungsverprechen in Gestalt eines Schuldcheins; da er aber selbst nichts erzeugt, sondern die Steuerzahler, die Arbeiter nöthigt, den Schuldchein zu verzinsen und schließlich zu tilgen, was erst in Zukunft geschehen kann, so verpfändet er noch ungethane Arbeit, was er nicht thun würde, wenn er frei wäre; und die wirklichen Bezahler des Schuldcheins, die Arbeiter, werden nicht befragt, ob sie ihn bezahlen wollen, sind mehrtheils noch gar nicht geboren. Der Gleichwerth, der dem Darleher der hundert Thaler gegeben wird, ist also nur in der Einbildung vorhanden. Aus diesem Grunde verdienen die Staatsschuldcheine und ähnliche Werthe den Namen Scheinwerthe. Es sind aber noch ganz andere Gründe später zu erwähnen, weshalb sie diesen Namen verdienen.

Betrachten wir demnach den hohen Bodenwerth. Es ist ganz natürlich, daß ein fruchtbarer Boden werthvoller ist als ein unfruchtbarer, weil dieselbe Arbeitszeit auf dem ersteren mehr Erzeugnisse liefert als auf dem letzteren, und daß ein Hauptplatz in guter Handelslage werthvoller ist, als einer in abgelegenen Gebirgsthale, weil jener bessere Gelegenheit zur Verwerthung von Arbeitszeit giebt als dieser. Allein es ist nicht natürlich,

denn durch die Bevölkerungszahl wird der fruchtbare Acker nicht fruchtbarer, und die gute Handelslage nicht besser. Diese Werthsteigerung, welche mitunter ganz außerordentlich groß sein kann, ist lediglich durch Gesetze verschuldet, welche das Privateigenthum am Boden gehalten, so daß immer eine Mehrheit der Bevölkerung Grundeigentümer erst noch zu werden sucht und im Streben darnach den Bodenwerth hinaufbiegt. Es ist also durchaus nicht die Arbeit dieser Bevölkerung, welche den Bodenwerth steigert, sondern ihr Wachsthum an Zahl, während die Menge des vorhandenen Bodens nicht wächst, sondern eher abnimmt. Daß dies so ist, kann statistisch ganz schlagend nachgewiesen werden. Denn — wohlgemerkt! — wir reden hier nicht von demjenigen Werthe, welchen menschliche Arbeit durch Verbesserung des Acker und der Handelage dem Boden hinzugefügt hat, nicht von dem Werthe der Gebäude, Straßenbauten, Verkehrserleichterungen auf dem Boden; wir reden vom bloßen Bodenwerth, von dem nicht durch Arbeit, sondern durch Naturgeschehnisse Geschaffenen. Von diesem gilt ebenfalls, daß er künstlich geschaffen ist durch ein Gesetz; und da alle Gesetze abgeschafft werden können, auch wieder vernichtet werden kann. Er besteht eigentlich nicht in dem Boden, sondern in einem Stück Papier, welches Besitztitel genannt wird und von Gewalt wegen allen Nichtbesitzern die Aneignung des darin bezeichneten Bodens verwehrt, damit der eine Besitzer einen höheren Nutzen daraus ziehen könne, als sonst möglich wäre. Er ist ein unnatürlicher Werth, da der Boden selbst nicht wie andere Waare ausgetauscht, ausgehandelt, überliefert werden kann, sondern nur der Besitztitel, und da die Schaffung dieses Bodens keine Arbeit gekostet hat — es sei denn, er wäre, wie in Holland, dem Meere abgewonnen, oder, wie in China, durch schwimmende Inseln. Jedes neugeborne Kind hilft durch die bloße Thatsache seiner Anwesenheit den Werth des Bodens in den Händen seiner Eigner vermehren; derselbe ist also schon vermehrt, lange ehe der Neugeborne als Erwachsener diejenige Arbeit verrichten kann, welche den Werthzuwachs bezahlet. Der Bodenwerth ist also bloß in der Einbildung vorhanden, eine Zwangsanweisung auf zukünftige Arbeit der Nicht-Eigner, oder auf deren Ertrag.

Es ist nicht anders mit jeder Art verzinslicher Schuldverschreibung. Bin ich Eigner einer solchen, so habe ich freilich mein Geld dafür hingegeben, allein für die Zinsen, welche ich erhalte, leiste ich keine Arbeit. Ich würde auch keine Zinsen für ein Darlehn erhalten, wenn Staatsgesetze mir nicht ein Recht darauf gäben, welches ich erzwingen kann. Wenn nun vollends das Kapital selbst, welches ich ausleihe, ganz aus Zinsen entstanden ist, so besteht es aus lauter Arbeitsertrag anderer Leute, für welchen keine Spur von Gleichwerth ausgetauscht wird. Würden einmal die Zinszahler, welche in jedem Volke eine Mehrheit bilden, einig, die Staatsgesetze in ihrem Sinne umzugestalten, das Zinsnehmen und Zinsgeben zu verbieten und allen Arbeitenden die Arbeitsmittel unentgeltlich zu geben als Darlehn, so wären alle vorhandenen Schuldcheine sofort werthlos. Sie werden es theilweise schon in Zeiten eines Krachs, wenn ein großer Theil der Arbeiter und Zinszahler nicht mehr genug Lohn oder Arbeitsertrag übrig behält, um gemachte Schulden zu verzinsen. Alle Schuldcheine sind also Besitztitel auf den Arbeitsertrag Anderer, und ihr Tauschwerth besteht in der Einbildung, daß dieser zukünftige Arbeitsertrag wirklich abgeliefert werden könne, wofür ein künstlich entstandenes Gesetz sorgt, so lange freilich bloß, als es selbst besteht. Die Beispiele in der Geschichte, daß Schuldgesetze ganz abgeschafft oder auf Zeit außer Kraft gesetzt wurden, sind zahlreich.

Sklaverei, Leibeigenschaft, Lohnknechtschaft, Vorrechte und alle verwandten Einrichtungen sind ebenfalls Scheinwerthe in den Händen Derer, welche geschriebene Besitztitel auf die Arbeitsfrucht Anderer durch Gesetze erhalten haben, weil das Gesetz sie abschaffen kann, oft schon sie abgeschafft hat, und weil der menschliche Geist sie alle abschaffen wird. Wo immer und wenn immer dies geschieht, werden keine Gebrauchswerthe vernichtet, die Menschheit oder das einzelne Volk werden nicht ärmer an wirklichen Gütern, welche das Leben erhalten, verschönern und veredeln, sondern reicher; denn es werden lediglich geschriebene Besitztitel werthlos, welche einer Minderheit erlaubten, ohne Arbeit von Belang auf Kosten des Ganzen zu leben, während gleichzeitig die Mehrheit gezwungen war, dem Ganzen geringere Dienste zu leisten, als sie andernfalls könnten, bloß zum Besten der Minderheit.

Gesetzt, alle Kapitalisten wanderten freiwillig aus und nähmen alle ihre Besitztitel und alle ihre persönliche Habe mit, einschließlich alles Geldes, aller Schmuckstücke und Orden, Titel, Würden u. s. Das zurückbleibende Volk wäre nicht im Mindesten ärmer an wirklichen Gütern geworden, sondern nur reicher. Es brauchte die Ausgewanderten nicht länger glänzend zu unterhalten, übermäßig zu bereichern und knechtisch zu bedienen. Die Arbeitsmittel, das Land, die Bauten, Verkehrsanstalten und ihre Erträgnisse könnten sie doch nicht mitnehmen; mit Hilfe dieser Arbeitsmittel würden die Arbeiter ihre Verlassenheit prächtig ertragen, und durch eine neue Gesetzgebung verhüten, daß sie je wieder ausgebeutet würden. Der Reichthum der Nation würde ansehnlich wachsen und nicht länger aus vernichtbaren Scheinwerthen, sondern aus lauter Gebrauchswerthen bestehen.

Das Vorstehende wird wohl genügt haben, um das Wesen der Scheinwerthe klar zu machen. Aber es bedarf noch des Weiteren, um die ungemeine Schädlichkeit derselben zu zeigen. Obenan in dieser Hinsicht steht der Umstand, daß das arbeitende Volk, daß der einzelne Arbeiter nicht weiß, von wo der auf ihm lastende Druck ansetzt. Es ist meist Niemand da, welcher für das Glend des Arbeiters verantwortlich gemacht, und von welcher Erleichterung desselben verlangt werden könnte. Der Arbeiter

dessen Verzinsung und Abtragung ihm übermäßigen Schweiß kostet, kann nicht den Inhaber der Urkunde dafür in Anspruch nehmen; denn dieser wird ihm sagen: überall anders, wo ich mein Kapital anlege, bekomme ich Zinsen dafür, und jeder Andere, von welchem du Geld borgst, wird dieselben Zinsen nehmen.

Der Verkäufer eines Acker- oder Bauplatzes, welcher dem kaufbegierigen Arbeiter den höchstmöglichen Preis abreißt, thut nur, was jeder Verkäufer einer Waare zu thun pflegt. Der Staat, der die vielleicht kaum erschwinglichen Steuern eintreibt, um seine Schulden zu verzinsen und zu tilgen, kann nicht anders handeln, so lange die Gesetzgebung im Interesse des Kapitals und nicht der Arbeiter eingerichtet ist. Der Arbeitgeber, der den Lohn herab- und die Länge des Arbeitstages hinausschraubt und durch Maschinenrie und Arbeitsteilung die Arbeit des Lohnslaven immer einträglicher für sich selbst macht und immer erschöpfender für diesen, kann sich damit entschuldigen, daß die Arbeitgeber durch den Wettbewerb unter sich und den der Arbeiter unter einander genötigt sind, so zu handeln, oder aber auf ihren rechtmäßigen Profit zu verzichten.

Nur, in einer kapitalistisch verfaßten Gesellschaft, welche in dem Glauben erzogen ist, daß Zins, Profit und alle Besitztümer auf die Arbeitskraft Anderer rechtmäßig, heilsam und notwendig sind, wofür sie nur nicht durch gesetzliche Zwang eingeschränkt werden, in einer solchen Gesellschaft ist kein Einzelner für Ausbeutung selbst der unmenlichlichsten Art verantwortlich. Gegen das, was das Gesetz betrug, Diebstahl, Raub oder Freiheitsentziehung nennt, gewährt das Gesetz noch demjenigen Hilfe, der es anzurufen die Macht hat; für gesetzlich erlaubtes Unrecht jener Art aber, und wäre es vielfach ärger, sind Alle, selbst der Benachteiligte, mitverantwortlich — also Niemand insbesondere, an dem man sich halten könnte. Selbst eine gewaltsame Staatsumwälzung seitens der Ausgebeuteten kann nicht wirklich helfen, wenn nicht die große Mehrheit aufgehört hat, kapitalistisch zu denken. Hat sie dies aber, so wird sie unnötig.

(Schluß folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

Die dritte Lesung des Justizgesetzes, die am Montag beginnen sollte, ist auf Mittwoch verschoben worden. Man ist mit dem Compromiß noch nicht fertig; und einige halsstarrige Majoritätsmitglieder, die nicht über den Bismarck'schen Stock springen wollen, müssen erst — fähig gemacht werden.

Zu den Justizgesetzen bringen die sozialistischen Abgeordneten folgenden Antrag ein:

Abänderungsanträge zu den Beschlüssen der zweiten Lesung der Stropgeordnung.

Der Reichstag wolle beschließen:

a) Die Ueberschrift des siebenten Buches folgendermaßen zu fassen:

Strafvollstreckung, Kosten des Verfahrens und Entschädigung

b) einen dritten Abschnitt im siebenten Buche zu bilden mit der Ueberschrift:

Entschädigung.

c) in diesen Abschnitt folgende Paragraphen aufzunehmen:

§ 509. Einem Angeklagten, welcher in Untersuchungshaft genommen wurde und gegen den entweder das Verfahren eingestellt oder der freigesprochen worden ist, ist für die ihm in Folge der Untersuchungshaft entstandenen nachtheiligen Folgen für die Vermögensverhältnisse, den Erwerb oder das Fortkommen aus der Staatskasse eine Entschädigung für jeden Tag der Dauer der Untersuchungshaft in der Höhe von drei bis fünfzehn Mark zu gewähren.

Die Höhe der Entschädigung bestimmt die Civilkammer desjenigen Gerichts, bei welchem die Verhaftung erfolgte oder bei dem der verfallende Staatsanwalt fungierte.

Ist die Verhaftung durch den Amtsrichter erfolgt, so bestimmt die Civilkammer desjenigen Landgerichts, dem das betreffende Amtsgericht untersteht, die Höhe der Entschädigung.

§ 510. Einem zu Strafbuß Verurtheilten, welcher in Folge Wiederannahme eines durch rechtskräftiges Erkenntniß geschlossenen Verfahrens freigesprochen worden ist, ist für die ihm in Folge der Strafbuß entstandenen nachtheiligen Folgen für die Vermögensverhältnisse, den Erwerb oder das Fortkommen aus der Staatskasse eine Entschädigung für jeden Tag der Dauer der Strafbuß in der Höhe von drei bis fünfzehn Mark zu gewähren.

Die Höhe der Entschädigung bestimmt dasjenige Gericht, bei welchem die Freisprechung erfolgte.

§ 511. Ist der Beschädigte während der Untersuchungs-

oder Strafbuß verstorben, so ist die Entschädigung den Personen, welchen dadurch der vom Beschädigten zu erwarten gewesene Unterhalt entgeht, zu gewähren.

§ 512. Dem Staat steht das Recht zu, sich an demjenigen, welcher die Haft des Beschädigten aus Verjahrung oder aus großer Fahrlässigkeit veranlaßt oder verlängert hat, schadlos zu halten.

§ 31 hinter „Ehrenamt“ einzuschalten:

Kußer der entsprechenden Reisevergütung erhält der Schöffe für jeden Tag, an welchem er sich in Funktion befindet, aus der Staatskasse eine Entschädigung von fünf Mark.

§ 32 Absatz 1 anstatt „das dreißigste Lebensjahr“ zu setzen: das fünf und zwanzigste Lebensjahr.

in Absatz 2 statt „2 volle Jahre“ zu setzen: sechs Monate.

Absatz 3 zu streichen.

Absatz 5 zu streichen.

3. in § 34

den Absatz 8 zu streichen.

4. in § 35 den Absatz 6 zu streichen (siehe § 31).

5. in § 40 den 4. Absatz: „die Wahl erfolgt zc. zc.“ folgendermaßen zu fassen:

Die Wahl erfolgt durch die Einwohner des Amtsgerichtsbezirks. Wahlberechtigt ist jeder Deutsche, der das 25. Lebensjahr überschritten hat. Bis zur näheren Regelung durch ein Gesetz finden im Uebrigen die Bestimmungen des Wahlgesezes für den deutschen Reichstag vom 31. Mai 1869 und des Wahlreglements vom 28. Mai 1876 für den deutschen Reichstag Anwendung.

(Schwurgericht 6 Titel.)

6. in § 83 hinter „Ehrenamt“ folgenden Satz einzuschalten: Kußer der entsprechenden Reisevergütung erhält der Geschworene für jeden Tag, an welchem er sich in Funktion befindet, aus der Staatskasse eine Entschädigung von fünf Mark.

— Zum Kapitel der „freien“ Wahlen theilen wir nachfolgenden Erlaß mit, den der Direktor der Bochumer Gußhahlfabrik an seine Arbeiter richtete: „Zu der am Donnerstag, den 23. d. M., Vormittags von 9 bis Nachmittags 6 Uhr stattfindenden Stadtverordneten-Wahl sind vom hiesigen Bürger-Comité, dem sich auch der Bochumer Verein angeschlossen hat, die Herren: 1) Kampmann, 2) Eubers, 3) Harpe, 4) Generosky, als Kandidaten für die 3. Abtheilung aufgestellt. In dem ich Sie hier von demnachrichtige, erwarte ich, daß Sie nur diesen Kandidaten Ihre Stimme geben. Sie sind unter Nr. . . . der Wahlliste aufgeführt und wählen . . . Der Direktor D. Helmholz.“ Wenn schon bei den Stadtverordnetewahlen, die durch den Census ohnehin beschränkt sind, solche Beeinflussungen vorkommen, welche Ueberschritte werden sich unsere Gegner nicht erst bei den Reichstagswahlen erlauben, wo die Stimme des Arbeiters soviel wiegt wie die des Arbeitgebers? Nun, hoffentlich werden die Arbeiter in der Mehrzahl vorkommendenfalls sich ganz energisch gegen die Zumuthung verhalten anders zu wählen als es die Ueberzeugung ihnen gebietet.

— Spät kommt er, doch er kommt — Tessenorf nämlich! Jetzt endlich ist die Anklage gegen die Berliner Genossen wegen Fortsetzung eines gerichtlich geschlossenen Vereins erfolgt, und zwar in einer Ausdehnung, welche es erklärlich macht, warum Herr Tessenorf gar so lange gebraucht, bis er dieselbe fertig gebracht. Als Angeklagte figuriren: Schriftseher Heinsch, Paul Grottkau, Heinrich Sadow, Schriftseher Greifenberg, Albert Baechle, sämmtlich in Berlin anwesend, und außerdem noch B. Hartmann, C. Derossi und J. Auer aus Hamburg, sowie H. Braasch aus Altona. Geiß steht auf der Liste nur, weil er momentan durch das Reichstagsmandat geschützt ist. Der kommt nach Schluß der Reichstagsession dran. Gegen Derossi, Greifenberg und Geiß (für Letzteren nach Schluß des Reichstags) ist außerdem die Anklage wegen Vergehen gegen § 128 des Strafgesetzes angestrengt. Dieser Paragraph lautet: Die Theilnehmer an einer Verbindung, deren Dajern, Verfassung oder Zweck vor der Staatsregierung geheim gehalten werden soll, oder in welcher gegen unbekannte Obere Gehorsam oder gegen bekannte Obere unbedingter Gehorsam versprochen wird, ist an den Mitgliedern mit Gefängniß bis zu 6 Monaten, an den Stiftern und Vorstehern der Verbindung mit Gefängniß von 1 Monat bis 1 Jahr zu bestrafen. — Wird natürlich lange nicht so heiß gegeben werden, als Strafanklagelochkünstler Tessenorf zu hoffen bestrebt ist.

— Liberal und national bis zur Geldbeutelfrage

Die natürliche Parteistellung des Volksschullehrers.

Von Karl Schneidt.

(Fortsetzung.)

Die Kunst des Hungerns ist das Geheimmittel, mit welchem die heutige Bourgeoisie ihr schon längst verwirklichtes Leben immer noch weiter fristet. Man nehme ihr dieses Mittel, und ihr Lebensnerve ist unterbunden; der ganze Körper wird allmählich absterben — abfallen.

Aber sie hüten es sorgfältig, dieses Mittel, von dem ihr ganzer Bestand abhängt, sie sind stets ängstlich bemüht, zu erfahren, ob dasselbe seine Wirksamkeit noch nicht verloren hat; stets wenden sie dasselbe von Neuem an — und es bewährt sich in den meisten Fällen.

Sie wissen andererseits aber auch, daß der Mensch im natürlichen Zustande, daß der „Normalmensch“ sich ein solches Experimentiren nicht gefallen lassen würde, sie wissen nur allzu gut, daß ein hungriger Magen keine Vernunft annimmt. Und doch, wenn sie selbst ihr faules, üppiges Schmarogerleben fortführen sollen, muß das Volk hungern, müssen die Enterbten darben. Da gibt es denn nur den einen Ausweg:

Was ein natürlicher Mensch nicht ertragen würde, das erträgt gleichwohl ein eigens zu diesem Zwecke künstlich präparierter Mensch. Die Ausbeuter müssen also darauf bedacht sein, ihre Opfer auf eine Weise herzurichten, daß dieselben ohne Murren Hunger, Noth und Elend ertragen. Da giebt es denn gar treffliche Mittel, diesen Zweck zu erreichen. Vor allen Dingen ist es die „Religion“, die eigens dazu gemacht ist, Schach heranzuziehen, die sich scheeren und zur Schlachtbank lassen, ohne auch nur zu blöken, geschweige zu stoßen. Die Diener der „Religion“ mit ihrem ewigen

Hier ist dein Loos zu dulden und zu darben.

In andern Welten reifen deine Garben.

oben die ihnen übertragene Aufgabe nur „Mauout verrichtet

thige Sklaven, gottergebene Dulder und stumme Märtyrer zu machen.

Durch welche Kunstgriffe ihnen dies gelungen ist, gehört nicht hierher. Die Thatfache steht fest und läßt sich nicht verkennen: Der Glaube an Gott, der Glaube an einen rächenden und belohnenden Gott, der Glaube an ein besseres Jenseits sind die Hauptstützen der heutigen Gesellschaft, sind die Hauptstützen des Elendes der Massen. Der Glaube ist es in erster Linie, der die Menschen an's Elend schmiedet, der sie an jeder freien Bewegung hindert.

Die Schule unter Oberaufsicht der Kirche und im Dienste der herrschenden Partei, d. h. des „Staates“, diese Schule war es, welcher die Hauptrolle in dem großen Werke der Volksverdummung zufiel. Die Schule, der die Kinder im bildungsfähigsten Alter überwiegen werden, hat aus den Meisten das gemacht, was sie sein sollen, Sklaven, die ihre Ketten lösen, Sklaven, die da behaupten, sie hätten der Freiheit noch zu viel.

Wäre aber eine solche Schule, wären des deutschen (preussischen) Schulmeisters „Erfolge“ bei Sadowa und im heiligen Kriege 1870 möglich gewesen, wenn die Lehrer sich ächte Jünger Diesterweg's hätten nennen können? — Würde sich wohl jemals der Lehrer nach dem Herzen Diesterweg's dazu hergeben haben, im Dienste der Gewalt zu arbeiten an dem Werk der Volksverdummung? — Könnte ein solcher Lehrer sich wohl entschließen, in den zarten Herzen der seiner Obhut und Sorge anvertrauten Kleinen jenen corrumpirenden Wortschwärmens anzufachen, der ein charakteristisches Zeichen unserer heutigen Schulen bildet? Könnte er es ferner über sich gewinnen, die Kinder des Volkes, aus denen stillos freie Menschen zu bilden seine höchste Aufgabe sein sollte, zu demüthigen Sklaven des Geldbads zu verwandeln? Könnte er es vor seiner Ehre verantworten, daß er mit totem Hirtelanz und wüstem Herzenspud das Denkvermögen der Schüler verkleinert und so eine Generation heranzieht, die mit dem Menschen Nichts als — das Gesicht gemein hat?

Die Beantwortung all dieser und ähnlicher Fragen wird sich leicht ergeben, wenn wir uns in Eile für zu machen suchen

nannte Parteigenosse Dreeschbach treffend die nationalliberale Partei. Er erwies dies auch schlagend genug durch folgende Ausführung: „Als zwischen Deutschland und Frankreich im Jahre 1870 der Krieg ausbrach, als uns nach den bekannten Thatfachen der Krieg von Napoleon erklärt wurde — wir müssen es ja glauben, daß die Franzosen den Krieg angingen — da bedurfte Deutschland Geld, und es wurden 120 Millionen Thaler zur Führung des Krieges vom norddeutschen Reichstage bewilligt, welche durch ein Anleihen bei den Kapitalisten aufgebracht werden sollten. Man hat aber Wochen lang laborirt, um jene Zeichnung vollständig zu machen; es zeigte sich zu deutlich, daß der Patriotismus der Liberalen genau bis zu ihrem Geldbeutel ging. Was war also der Grund, daß jene 120 Millionen nicht durch Zeichnungen aufgebracht werden konnten? War etwa kein Kapital vorhanden? Durchaus nicht, m. H.! Die Gründe waren einfach die, daß man noch nicht wußte, ob Deutschland oder Frankreich im Kriege Sieger bleiben werde; denn im letztern Falle würde das gezeichnete Kapital für die Darleher wahrscheinlich verloren gewesen sein. Als aber die Franzosen besiegt wurden und als nach der Sedan'schlacht zur Fortführung des Krieges eine neue Anleihe von 100 Millionen nöthig war, da hatten wir das Schauspiel, daß diese Anleihe in 3 Tagen überzeichnet war. Weshalb jetzt der Patriotismus? Nun sehr einfach! Jetzt wußte man, daß der Krieg zu Ungunsten Frankreichs ausfiel, jetzt wußte man, daß die Franzosen die Kriegskosten und noch viel mehr zahlen mußten, man wußte also, daß das von deutschen Bürgern dem deutschen Reiche geliehene Kapital nicht verloren wäre; deshalb allgemeiner Patriotismus, allgemeine Aufopferung der Liberalen; und dazu noch 11½ Prozent Zinsen, m. H., Alles, was Geld hatte, wurde liberal, es gab ja sichere Kapitalanlage und hohe Zinsen!“

Herr Dreeschbach hätte noch hinzufügen können, daß die Herrn Liberalen eher ihr Geld den Franzosen als ihrem Vaterlande zur Verfügung stellten, wie dies 2 gerichtlich wegen Hochverrath in Berlin verurtheilte, aber nachher begnadigte liberale Kapitalisten bewiesen, die selbst während des Krieges auf das von Frankreich aufgenommene Anleihen zeichneten. — Dann folgte durch liberales Brüllen provozirte Schließung der Versammlung und hierüber bemerkte die „Kölner Zeitung“: „Die Arbeiter haben in den beiden gedachten Versammlungen (in Speier und Neustadt) die „Gebildeten“ beschämt, sie haben sich auf dem parlamentarischen Boden gehalten und den systematischen Unterbrechungen gegenüber eine saunenswerthe Mäßigkeit gezeigt. Nur dieser allein ist es zu danken, daß es nicht zu Thätlichkeiten kam. Allgemein wird das Niederschreiben des Gegners für ein Zugeständniß der eigenen Schwäche, für die eigene geistige Bankrott-Erklärung angesehen.“

— Nachstehende Erklärung unseres Freundes Carl Girsch wurde an die „Magdeburger Zeitung“ geschickt, ist aber bisher nicht von derselben aufgenommen worden:

„Gehörter Herr Redakteur!

„Eines der Feuilletons, die Ihr Blatt der Sozialdemokratie gewidmet hat, führt meine Wenigkeit unter den „geistig führenden Personen“ auf, die 1872 ganz oder theilweise von der sozialdemokratischen Partei zurückgetreten seien, und spezifizirt diese Behauptung in Bezug auf mich dahin, daß ich als Correspondent mehrerer „Bourgeoisblätter“ nach Paris gegangen sei.

„Ohne die mir hier beigemessene Bedeutung zu acceptiren, kann ich doch nicht umhin, mich dagegen zu verwahren, daß ich durch meine hiesige journalistische Thätigkeit mich von meiner Partei auch nur im Geringsten getrennt hätte. Sie werden es wohl ebenso sehr als ich selbst überflüssig finden, daß ich Ihnen versichere über die Wahl meines Arbeitstisches Rechenschaft gebe; ich beschränke mich daher auf die Erklärung, daß diese Wahl im Einvernehmen mit den Leitern meiner Partei und im Interesse der letzteren erfolgte. Mein hiesiger Aufenthalt und meine Mitarbeitererschaft an „Bourgeoisblättern“ sind also nicht ein Zurücktreten von der Wirksamkeit für meine Partei, sondern genau das Gegentheil.“

„Ihr Herr Feuilletonist bezeichnet mich ferner als einen „Kandidaten“. Ich muß diesen Titel ablehnen: ich habe wohl eine Zeit lang u. A. auch Theologie studirt, war aber nie Kandidat für irgend ein Amt und am Allerwenigsten für ein geistliches. Seit zwölf Jahren bin ich Journalist, seit 1867 gehöre ich der freien Gemeinde an.

„Ihre Unparteilichkeit wird mir, auch ohne daß ich mich auf ein Geheiß berufe, den Abdruck dieser persönlichen Verichtigung gewähren, zumal derartige kleine Ungenauigkeiten, wie ich sie hervorheben mußte, den feuilletonistischen Werth der in ihrer Art bis jetzt einzigen Arbeit des Herrn Nehring nicht zu beeinträchtigen vermögen.“

Seiner Ansicht nach sollte der Lehrer der Neuzeit nicht in ein gegebenes Erziehungssystem eingeweiht werden, er sollte nicht zum mechanischen Arbeiten nach bestimmten Angaben und Vorschriften angehalten, sondern selbst auf die Bahn der freien Entwicklung gebracht werden. Er soll selbst erfährt werden von dem vorwärts drängenden Zug der Zeit, soll den Muth des freien Denkens erlernen, soll das Leßing'sche „Streben nach Wahrheit“ niemals verleugnen, soll von der Menschlichkeit getrieben werden, ernstlich und redlich Hand anzulegen zur Lösung der Aufgaben dieser Zeit, soweit solche von der Pädagogik gestellt werden, er soll sich versenken in die Menschennatur, in die erziehbare und Unterrichtsbarkeit.

Das verlangt Diesterweg von seinem Lehrer. Und wie er sich das Verhalten des von der Würde und Bedeutung seines Berufes erfüllten Volksschullehrers vorstellt, dies hat er am deutlichsten durch sein eigenes Auftreten bewiesen.

Nach den Freiheitskriegen war ein gänzlicher Anlauf gemacht worden, das Prinzip der freiheitlichen Entwicklung auf das preussische Staatswesen zu übertragen. Gleichzeitig hatte sich das bestialozistische Erziehungs- und Unterrichtsprinzip Eingang verschafft. Dieser gelinden freiheitlichen Strömung folgte eine Gegenströmung, zuerst im staatlichen, dann auch im geistigen und Bildungsleben. Unter Friedrich Wilhelm IV. gelangte diese Gegenströmung zur vollsten Geltung. Der revolutionäre Sturz der von dem Zeitgeist überholten staatlichen Formen, welcher 1848 erfolgte, erhöhte die in Regierungskreisen bereits vorhandene Abneigung gegen die freie geistige Entwicklung. Man erblickte in ihr (und das mit Recht) die eigentliche Ursache der Revolution, man verlangte — „die Umkehr der Wissenschaft!“ Natürlich mußte bei seiner Entschiedenheit und Unbeugbarkeit auch Diesterweg, der inmitten des tollsten Treibens der Reaktion wie ein Fels im Meere da stand, fallen. An die Stelle des Prinzips freiheitlicher Erziehung, an die Stelle der auf Anthropologie basirten wissenschaftlichen Pädagogik traten die Regulative, welche die Schule zur Lieferungs- und Dressuranstalt für „gute Staatsbürger“ mit normalen „Unterrichtsanverstand“ machten. Die Reaktion triumphirte über die preussische Pädagogik.“

Genehmigen Sie, Herr Redakteur, die Versicherung meiner Hochachtung,
Paris, 2. Dezember 1876. Carl Hirsch,
Redakteur der „Revolution.“

— Einen interessanten Brief veröffentlicht die Pariser „Tribüne“. Derselben richtete Kossel, der Kriegsminister der Commune, kurz vor seiner „Hinrichtung“ in der Haft von Versailles an seinen Gefängnisnachbar Henri Rochefort, der ihm ganz unbefangenen den Vorschlag gemacht hatte, später, wenn sie wieder auf freiem Fuße wären, zusammen ein Journal zu gründen. Die wesentlichsten Stellen aus dem Briefe lauten:

„Mein lieber Nachbar! Die Idee, von der Sie sprechen, hat mich oft beschäftigt, noch ist in dieser Richtung viel zu thun. Sie haben hundertmal Recht; die heutigen Zeitungen machen eine unfruchtbare, und nicht nur unfruchtbare, sondern unflutige Opposition. Sie tadeln ohne Ueberlegung darauf los und sind nicht im Stande, ernste Fragen ernst zu behandeln. Sie können wohl eine Regierung in Mißcredit bringen, nicht aber sie bekämpfen, so daß die Regierung, wenn sie zum Sturze gelangt, durch eine Coalition oder eine Revolution, nicht aber durch eine andere Regierung ersetzt wird. Ich sehe nie ein englisches Blatt, ohne einen Anflug von Neid zu empfinden. Nicht als ob mir die englische Presse in allen Stücken der Nachahmung werth schiene, unsere Franzosen würden nur mit Widerwillen die diesen Reichschneitern und schweren Puddings hinnehmen, welche unsere Nachbarn jeden Morgen als Zeitartikel verbanen, aber ich glaube, daß gleichzeitig mit einer aufrichtigen Demokratie in unserem Lande eine reichliche und ernste politische Presse entstehen muß. Ich glaube, daß ein Blatt, welches zu den Franzosen wie zu verständigen Leuten spräche, die fähig sind, sich selbst zu regieren und ihre Freiheit ebenso sehr lieben, wie ihre Ruhe, welches aber hingegen die Parteien als das behandelte, was sie thatsächlich sind: keine Coterien, die Frankreich zu ihrem eigenen Nutzen ausbeuten wollen (und von Chambord bis Annam sind sie alle von gleichem Schlage), ein solches Blatt, glaube ich, hätte einen sicheren politischen Erfolg vor sich. . . . Sie wissen ohne Zweifel, daß Gambetta ein Journal gründet. Vor vierzehn Tagen küßerte man sich diese Nachricht geheimnißvoll zu und jetzt fängt die Presse an, sich damit zu beschäftigen. Ich bin mir nicht genugam klar darüber, ob seine Ideen so mit den Ihrigen und meinigen übereinstimmen, daß eine Association mit ihm erprießlich sein kann. Dagegen muß ich Ihnen sagen, daß der Plan, mich mit Ihnen zu verbinden, verlockend auf mich wirkt und mir schmeichelt; denn ich kenne Sie als einen aufrichtigen und tapfern Freund der Freiheit. Während ich als Generalsekretär oder als Delegierter im Kriegsministerium war, bedauerte ich oft, mit Ihrem Blatte, das ehrlich revolutionär war, keine regelmäßigen Beziehungen unterhalten zu können. — Bis wir wieder frei sein werden (da Sie doch eine so unbestimmte Aussicht ins Auge zu fassen wagen), wird es mich freuen, mit Ihnen einige Gedanken über Fragen, die uns interessieren, auszutauschen und Ihnen die Betrachtungen mitzutheilen, die ich über die Ursachen des Verfalls unseres Landes und die Mittel, ihm wieder aufzuhelfen, anstelle.“

26. November 1871. Ihr Nachbar Kossel.
Den trefflichen Kossel hat die französische „Republik“ gemordet und für den Ausschütten Gambetta ist sie heute noch nicht demokratisch genug, obgleich heute die Ungefährlichkeit Gambetta's selbst für die volkseindlichste Bourgeois-Republik längst zweifellos geworden ist.

— Wegen Verleumdung eines Standesbeamten, ferner wegen zweier sogenannter Vergehen gegen die öffentliche Ordnung und wegen Majestätsbeleidigung hatte sich am 7. d. M. Parteigenosse Risse vor dem Stadtgericht zu Berlin zu verantworten. Da der ersten Anklage kein ordnungsgemäher Strafantrag zu Grunde lag, mußte der Gerichtshof von der Urtheilssprechung absehen, in den übrigen Fällen sprach er über den angeklagten Sozialisten natürlich sein Schuldig aus und verurtheilte denselben zu 6 Monat Gefängniß. „Gebeßert“ wird Risse dadurch schwerlich werden.

— Aus Järlth, 8. Dezember, wird berichtet: Parteigenosse Friedl ist auf heute vor den Untersuchungsrichter geladen, um sich wegen angeblichen Vergehens gegen den § 130 vernehmen zu lassen.

— Parteigenosse Otto Kapell, Redakteur des „Pionier“, ist am 7. d. M. vom Berliner Stadtgericht wegen einer in seinem Blatte verübten Verleumdung des Bürgermeisters in Brüd (Mecklenburg) zu 150 Mark Geldstrafe verurtheilt worden.

Dieserweg wurde von seiner eigenen Geburt- und Lebens- stätte, von dem Schauplatz seiner legendreichen Thätigkeit, der pädagogischen Praxis, entfernt; aber trotzdem verfolgte er mit unwandelbarer Festigkeit und Charakterstärke das mit klarem Blick erkannte Ziel. Er suchte seit seinem Prinzip der freien Entwicklung theoretisch durch die Feder, praktisch in den Berliner Stadtverordnetenversammlungen und als Kammermitglied Geltung zu verschaffen und Bahn zu brechen. Das Volk ehrte ihn durch wiederholte Wahl, und er folgte dem Rufe. Dieserweg ward Politiker, und trotzdem bewahrte er seine Herzens- neigung der Schule und ihren Lehrern. Am Abend seines Lebens suchte er dieselben zu Pestalozzi-Vereinen zu sammeln, und da er einsehen mochte, daß von Seiten des „Senates“ Nichts für die materielle Besserstellung des Lehrerstandes zu hoffen sei, suchte er durch Uebertragung des Prinzips der freien Association auf die Lehrerschaft der tausendfach in diesem Stande vorhandenen leiblichen und geistigen Noth (wenn auch in unzureichender Weise) entgegenzuarbeiten. Stets aber betonte er die Nothwendigkeit einer tüchtigen wissenschaftlichen Ausbildung der Lehrer, fest überzeugt, daß durch sie die materielle Lage der Lehrer gebessert, und daß durch sie die Freiheit angebahnt würde. — Drei Tage nach der Schlacht von Sadowa starb Dieserweg. Die „Einigung Deutschlands“ ward auf blutigen Gefilden durch den Kanonendonner eingeläutet, der preussische Schulmeister hatte gefiegt, der Waffensmord wurde in Schule in Kirche durch Festlichkeiten und Hochämter verherrlicht — was sollte da ein Dieserweg noch leben? Er paßte mit seinem biedern Sinne nicht mehr in die Schule, die das Humanitätsprinzip verleugnete — da war es denn am besten, er starb.

Belassung seines Einkommens von seinem Amte als Seminardirektor entbanden. Unter dem Ministerium Schwerin und Kobberius (1848) wurde er zwar noch einmal zu Arbeiten, das Unterrichtsministerium herangezogen, jedoch 1850 erfolgte seine Pensionierung und Verlegung in den Ruhestand.

Correspondenzen.

Aus der Schweiz, 5. Dezember. Aus dem händlerlichen Berichte über das Fabrikgesetz lassen wir jetzt noch einige Bemerkungen über das Fabrik-Inspektorat folgen:

„Die einzelnen Theile des Gesetzes müssen es Jedermann recht lebhaft vor die Augen stellen, daß ohne kräftige Organisation der Vollziehung das Gesetz ein todtler Buchstabe bleibt. Wenn man sich umsieht in dem reichhaltigen Material, das die Berichte der Fabrik-Inspektoren in England und Deutschland zu Tage gefördert haben, so wird man in der That auch auf's Lebhafteste überzeugt, daß hierin recht eigentlich der Kern der ganzen Angelegenheit liegt. Erst nach und nach werden selbst diese Inspektoren auf diesem weiten Felde einheimisch und auch für ihre Aufgabe immer geeigneter und tüchtiger. Erst nach und nach kommt dann auch das Vertrauen aller einsichtigen und gewissenhaftesten Fabrikanten, d. h. es verändert sich das anfängliche Mißtrauen in Vertrauen, ja oft in ein aufrichtiges Verlangen nach dem einsichtigen Rath dieser Inspektoren. So besagt der preussische Jahresbericht pro 1875, Seite 66:

„Zunächst kann natürlicherweise nur auf Abstellung der größten Unzulänglichkeiten gedrungen werden. Erst nach und nach muß das Vertrauen der Fabrikanten auf die praktischen Erfahrungen des Fabrik-Inspektors, auf die Objektivität seines Urtheils erweckt und geschärft, aber auch der bestimmte Wille desselben zur Durchführung erprobter Verbesserungen, soweit sie nicht nachgewiesener Maßen eine erhebliche Störung im ganzen Betriebe verursachen könnten, erkannt und geachtet werden“ u. s. w.

Die reiche Summe mannigfacher Kenntnisse, die für richtige Lösung der schweren Aufgabe erforderlich ist, und deren Besitz allein schließlich das benannte Vertrauen bringen kann, giebt ebenfalls Zeugniß darüber, daß einzelne ständige Inspektoren unabwiesbares Bedürfniß sind. Aber selbst neben denselben wird von Zeit zu Zeit in ganz singulärer Richtung eine außerordentliche Untersuchung der einen oder andern Unternehmung oder einer bestimmten Klasse von Gewerben nöthig werden, um über bestimmte Uebelstände klare Einsicht zu erhalten und auch einsichtigen und mit den Verhältnissen des Gewerbes vereinbarlichen Rath und wenn nöthig Befehl zur Abhilfe geben zu können. Nach dieser doppelten Richtung werden also Inspektoren nöthig werden.

Daß die Gewerbetreibenden selbst übrigens ein eidgenössisches Inspektorat wünschen und einem solchen größeres Vertrauen entgegenbringen, zeigt z. B. die Eingabe der Industriellen der Schweiz aus dem Spinn- und Webereiwesen, d. d. Rapperswil, 14. Oktober 1874, an das Eisenbahn- und Handelsdepartement, in welcher es wörtlich heißt:

„Wir verlangen endlich, daß eidgenössische Fabrikinspektoren ernannt werden mit der Kompetenz, den Betrieb unserer Fabriken in Bezug auf die eidgenössische Gesetzgebung zu überwachen und die Fabrikanten zu deren Befolgung unter Strafe anzuhalten, für die Gesundheit der Arbeiter gefährliche Einrichtungen zu beseitigen oder zu ändern. Wegen die Anordnungen der eidg. Inspektoren soll ein Rekursrecht an eine obere Instanz zutheilen.“

So ist die Anordnung eines wohlgeordneten Inspektorates für Durchführung eines solchen Gesetzes als durchaus notwendig sowohl von Industriellen und Arbeitern, von dem vorbereitenden Körper der Gesetzgebung, als auch ganz besonders von einer reichen Erfahrung anderer Länder übereinstimmend anerkannt.“

Der Widerstand der schweizerischen Arbeiterkreise wird sich hauptsächlich gegen die Beschlüsse des Nationalraths und der händlerischen Commission richten, wodurch das Fabrikgesetz nur auf die Arbeit „in geschlossenen Räumen“ Anwendung finden darf. Bereits werden in dieser Richtung Schritte gethan.

Bremen, 24. November. Auf den 24. ds. Mts. hatte das sozialdemokratische Wahlcomité eine Volksversammlung einberufen, um den vom Comite aufgestellten Candidaten Gelegenheit zu geben, sich den Wählern vorzustellen. Das Bureau wurde zusammengesetzt aus den Herren Mehnert und Henke als Vorsitzende, Lochte und Dömmert als Schriftführer. Herr Mehnert machte bekannt, das Comite habe den Herrn W. Frid in Vorschlag gebracht. Als derselbe die Tribüne betrat, begrüßte ihn ein anhaltend härmisches Bravo. Als wieder etwas Ruhe herrschte, begann Redner in einfacher, ruhiger und cruster Weise, ganz der Sache entsprechend, zunächst die Pflichten zu erläutern, welche einem Abgeordneten des Volks obliegen. Diese Pflichten lenne er und bitte er deshalb die Anwesenden, bei der nächsten Wahl ihm ihre Stimmen zu geben. Es handle sich nicht darum, ob seine Person, sondern ob die Sache, welche er vertrete, hier am Orte Sieger sei. Hierauf kritisirte Redner die Thätigkeit der liberalen Abgeordneten, insbesondere die des Herrn Noske, bisheriger Vertreter Bremens im Reichstage, und stellte seine Thätigkeit in's rechte Licht, wofür dem Redner allgemeiner Beifall zu Theil wurde. Von Allem, was er damals versprochen, habe er auch nicht das Geringste gehalten. Im Gegentheil, er habe gegen die Bewilligung von Diäten gestimmt und damit dem kleinen Handwerkerstand einen Schlag in's Gesicht versetzt. Gerade der Handwerkerstand sei es, der am meisten dadurch getroffen würde, denn hinter demselben stehe keine Organisation, welche den sozialistischen Arbeiter noch stets vor der größten Noth beschütze. Es gäbe für den Handwerker nur ein Mittel, nämlich einen Sozialdemokraten in den Reichstag zu schicken, welcher einen Herz und Sinn für die gerechten Forderungen des Handwerkerstandes habe, deshalb möge man ihn wählen. Herr Noske werde nichts für sie thun, denn er gehöre der nationallib. Partei an, deren ausgesprochener Grundsat es sei, der Staat habe in wirtschaftlichen Dingen nicht mitzureden. Der Herr Noske habe ferner für das Militärbudget gestimmt, welches das schon so sehr belastete Volk mit neuen Steuern drücke, und dadurch seine Machtbefugnisse überschritten. Aber dagegen habe er gestimmt, daß Abgeordnete, die wegen politischer Vergehen sich in Haft befinden, während der Dauer der Session aus der Haft entlassen würden. Es kennzeichne dies seine politische Engberzigkeit. Nachdem Redner noch näher beleuchtet, was der jetzige Reichstag denn eigentlich für den deutschen Handwerker und Arbeiter gethan, fuhr derselbe fort: Das einzige Mittel, welches den Handwerker aus seiner bedrängten Lage herausreißen könne, sei die Association. Vassalle habe die Mittel und Wege angegeben, und sei es deshalb Pflicht der Wähler, Männer in das Parlament zu senden, welche energisch dafür eintreten, daß das Volkwohl, d. h. das allgemeine Beste gefördert werde. Dies wolle er im Verein mit seinen sozialistischen Kollegen und anderen freisinnigen Männern stets thun, und bitte er deshalb, ihn bei der nächsten Wahl zu ihrem Vertreter zu machen. Man nenne uns öfters in der liberalen Presse Reichsfeinde. Er wolle es dahingestellt sein lassen, in wie weit wir Feinde des Reichs seien; aber eins freue ihn, daß wir nicht zu den Reichsfreunden gehören, welche nach Dr. Engels das Volk um 21 Millionen Reichsmark betrogen haben. Auf alle Fälle, die wir nicht mehr

keinem, es lebe die Nation! Anhaltendes Bravo folgte dieser Rede. Nachdem noch die Herren Henke, Schlicht und Reiber für die Wahl des Herrn Frid gesprochen, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige Volksversammlung erklärt sich mit der Thätigkeit des Herrn Noske keineswegs einverstanden, befürwortet vielmehr die Candidatur des Herrn W. Frid, und verspricht, mit aller Kraft für die Wahl desselben einzutreten.“

C. Lochte, Dömmert, Schriftführer.

Hannover, 1. Dezember. Parteigenosse Gagemier, 23 Jahre alt, in Duderstadt geboren, ist der Verleumdung angeklagt. Am Abend des 30. Oktober redete derselbe in einer sozialdemokratischen Versammlung. Er bediente sich unter Anderem des Ausdrucks, „er sei wegen eines Formfehlers zu 3 Mark Geldbuße verdonnert, jedoch trotz aller Ehrensache würde man nicht aufhören zu agitiren.“ In diesem Ausdruck wurde seitens der königlichen Polizeidirection eine Verleumdung gefunden. Gagemier vertheidigte sich in gewandter Weise und gab die bestimmte Erklärung ab, die Aeußerung nicht in Beziehung auf die Polizei, sondern in Beziehung auf die Gegner seiner Partei, auf die Meisterverbindungen gemacht zu haben. Trotzdem und obgleich der Angeklagte bislang noch nicht bestraft ist, erkennt der Gerichtshof gegen denselben eine Geldbuße von 50 Mark eventuell eine Woche Haft.

Chemnitz, 4. Dezember. Welche Rührigkeit unsere Genossen entwickelten, zeigte wieder die letzten Tage. Am Sonnabend Abend lieferten Most und Bahlteich in Chemnitz im überfüllten Saale des „Elysiun“ Herrn Dunder mit glänzendem Erfolg die erste Hauptschlacht. An demselben Abend entsaltete sich in einem Dorfe bei Burgstädt die ganze Nacht der Liberalen, an der Spitze der Karnevalskönig Sparig aus Leipzig mit noch fünf Rednern, in einer von unserer Partei einberufenen Volksversammlung; aber der Referent Max Kayser, der aus Dresden erschienen war, schlug zum Ergötzen der Arbeiter die ganze Karnevalsgesellschaft so furchtbar auf's Haupt, daß sie schließlich wieder eine Ueberrumpelung versuchen wird. Die Sozialdemokratie ist auf das Erscheinen derartiger Gäste stets gerüht. An demselben Abend versammelten sich aber auch Tausende von Menschen im Saale der „Centralhalle“ zu Dresden und lauschten der Candidatenrede des Genossen Veibel, der nach Beendigung derselben unter enthusiastischen Hochrufen zum Candidaten für Altsadt-Dresden proklamirt wurde. Während dies in Dresden, Chemnitz und im 15. Wahlkreise geschah, blieb aber auch das Erzgebirge nicht vernachlässigt; denn Wiemer sprach gleichzeitig zu einer Volksversammlung in Lengfeld. — Auch Sonntag wurde die Sozialisten nicht. Nachdem der Sonntag Vormittag resp. Mittag von Most und Bahlteich dazu angewandt worden war, Herrn Dunder die Chemnitzer Candidatur vollends zu verleiden, trat Bahlteich Nachmittags schon wieder gegen seinen Gegencandidaten Dr. Gensel in Lindach auf und eröffnete gegen denselben einen höchst erfolgreichen Kampf, obwohl nicht mit gleichen Waffen gekämpft wurde, denn Gensel hatte unbeschränkte, Bahlteich beschränkte Redezeit. Most sprach den nächsten Nachmittag in Rottluff, ohne Gegner zu finden, Wiemer sprach in Wolfenstein und Kayser war bereits von Burgstädt wieder bis weit hinten in die Pausch geeilt, um in dieser noch wenig sozialistisch entwickelten Gegend den Sozialismus mehr zu verbreiten. Bis dahin, nach Grobroschdorf, wird ihm der Leipziger Karneval wohl nicht gefolgt sein. — Ausführliche Berichte folgen.

ri. Aus dem 18. sächsischen Wahlkreise. Unsere „Freunde, die Feinde“, haben bereits die Agitation für uns begonnen. Der „Jwidauer Anzeiger“ brachte nämlich vor Kurzem ein „Eingeländt“ aus Nieder-Planitz, welches den Jwed hatte, auf unsere bisherigen Abgeordneten Jul. Kotteler betriebs seiner Thätigkeit im Reichstage ein für unsere Sache ungünstiges Licht fallen zu lassen. Sie täuschten sich natürlich und erzielten das grade Gegentheil von dem; sie rüttelten vielmehr die Genossen, welche bis jetzt in fähem Siegesbewußtsein verharrt hatten, aus ihrem Nichtsthan. Die weitere Folge davon war, daß in letzter Zeit mehrere Volksversammlungen abgehalten wurden und zwar am Freitag den 1. Dezember in Mosel und Sonnabend den 2. Dezember in Nieder-Planitz. Beide waren gut besucht und die Anwesenden vom besten Geiste befeelt. Kotteler erstattete Bericht über die Thätigkeit des Reichstages und wurde von Nauert aus Leipzig kräftig unterstützt. Sonntag den 3. Dezember sprach Kotteler in Ebeltsbrunn, zu welcher Versammlung ein Pfarrer sein Erscheinen resp. seine Bereitwilligkeit zu einer Disputation zugesagt hatte, aber durch Abwesenheit glänzte. Derselbe Herr zeichnete sich früher in Schönfeld schon dadurch aus, daß er die Einberufer von Versammlungen in's Bodschorn zu jagen suchte. — Am selbigen Tage sprach noch ein Jwidauer Genosse in Schönfeld, Ebert in Friedrichsgrün und Nauert in Eainsdorf. In allen Versammlungen waren der Herr Artikelschreiber des „Jwidauer Wochenblattes“ und die Candidaten der Liberalen und Conservativen, die Herren Händel und Walter eingeladen. Die Herren zogen das viel bequemere Nichterscheinen vor und zwar wogte sich der Erstere mit seinen Parteigenossen in ihrer am Sonntag den 3. Dezember in Jwidau abgehaltenen Parteiversammlung in der schönen Hoffnung einer Stichwahl zwischen den Liberalen und Sozialisten, während der Letztere brieflich erklärte, „er wisse noch nicht genau, ob er aufgestellt würde“, was seine Parteigenossen nicht verhindert, schon durch Aufrufe für seine Wahl zu agitiren.

Die Stimmung unter der Bevölkerung unseres Bezirks ist eine für uns günstige — die Folgen des „großen Krachs“ haben die Sympathien für unser verkehrtes Staats- und Gesellschaftssystem auch hier bedeutend vermindert — und sind wir der festen Ueberzeugung, daß wir, wenn jeder Genosse es sich zur Pflicht macht, nach Kräften seine Schuldigkeit zu thun, dem Gegner diesmal eine Schlappe beibringen, von welcher er sich sobald nicht wieder erholen wird.

Im ersten sächsischen Wahlkreise werden wir hoffentlich bei der nächsten Wahl eine erhebliche Zahl Stimmen mehr, als dies bei früheren Wahlen der Fall war, auf den sozialistischen Candidaten vereinigen. Die Agitation in diesem Kreise ist, Dank der Rührigkeit der Parteigenossen von Burgen, Otsch, Grimma etc., im besten Fluß. Am 12. November sprach Genosse Hablich in einer leider wegen verspäteter Annoncirung nicht stark besuchten Versammlung in Grimma. Auch hier erklärten sich die Anwesenden, trotz der Opposition des Herrn Diakonus Heise, mit den Ausführungen des Redners einverstanden. Der Herr Diakonus tabelte — obgleich er mit Vielem, was die Sozialdemokraten erstreben, einverstanden sei —, daß dieselben durch ihre Reden die Unzufriedenheit des Volkes mit den jetzigen Zuständen erregten. Der Referent replisirte, auf die Geschichte verweisend, daß die Unzufriedenheit mit schlechten Zuständen es von jeher gewesen sei, die die Menschheit vorwärts gebracht hat — Am 19. Dezember findet abermals Versammlung in Grimma statt, die hoffentlich noch mehr Genossen

2. Dezember eine gut besuchte Versammlung statt, in welcher Genosse Werner über die Ziele der Sozialdemokratie und die nächste Reichstagswahl mit gutem Erfolg sprach. Weitere Versammlungen sind in Aussicht genommen in Mügeln, Dahles, Bernsdorf, Strehla, Trebsen u. s. w. Wie die Erfahrung bis jetzt gelehrt, ist die Laubendörferung, welche in diesem Kreis die große Majorität bildet, für unsere Ideen sehr zugänglich. — Derschlag, 4. Dezember. Es ist Zeit, daß wir uns wieder zu regen beginnen, denn wir haben lange nichts von uns hören lassen. Unsere Gegner meinen zwar, die Sozialisten seien sämtlich eingeschlafen, müßten indeß inne werden, daß dem nicht so ist, denn am 27. November wurde im hiesigen Lokalblatte der von unserer Seite aufgestellte Kandidat, Herr Christian Hadlich, Buchhalter in Leipzig, proklamiert, — welcher Schreck für unsere Gegner! Sonnabend, den 2. Dezember, tagte hier eine gut besuchte Volksversammlung, in welcher der Kandidat einen Vortrag hielt. Derselbe behandelte in zweistündiger Rede die Tagesordnung: „Die politischen Parteien Deutschlands und die nächste Reichstagswahl.“ Redner sprach zur vollsten Zufriedenheit der Anwesenden, der größte Beifall wurde ihm gezollt und Bravo-rufe hörte man sehr oft. Zum Schlusse wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Redners vollständig einverstanden und verspricht, nur für den Arbeiterkandidaten zu stimmen.“ Gegner wurden aufgefordert, aber keiner meldete sich zum Wort. Zuletzt richtete Genosse Geißler aus Würzen noch einige Worte an die Versammlung, welche ebenfalls mit Beifall aufgenommen wurden. — Möge Herr Hadlich nur recht oft zurückkommen, und wir werden unseren Gegnern zeigen, daß wir noch leben. Sollten wir auch nicht Sieger sein bei der nächsten Wahl, so wollen wir doch zeigen, daß wir nicht rückwärts, sondern vorwärts schreiten. August Obenaus.

Diese Agitation scheinen die Gegner nicht erwartet zu haben; zudem ist man noch nicht einig über den aufzustellenden Kandidaten, obgleich in einer Gewerkevereins-Versammlung des Kreises Würzen mit 26 gegen 25 Stimmen beschlossen wurde, Herrn Kaufmann Schnorr aus Leipzig aufzustellen. Die Minorität hält an der Candidatur des bisherigen Vertreters, Gutbesitzer Günther aus Saalhausen, fest. Wir sind der Ueberzeugung, daß bei der nächsten Wahl sich die Stimmenzahl für den sozialistischen Kandidaten mindestens verdoppelt. 1874 erhielt Genosse Bebel ohne die geringste Agitation 845 Stimmen.

H Frankenthal, 4. Dezember. Der Kampf um's Dasein hat begonnen zwischen den Parteien und ist überall in vollem Gange. Nur bei uns scheint es noch still bleiben zu wollen. Wahrscheinlich liegt dies an der vor einigen Jahren dekretierten Auflösung des Arbeitervereins. Versammlungen wurden als Fortsetzung dieser „Verschwörung“ angesehen und somit verboten, bis auf Beschwörung dem Bezirksamtmanne die Weisung ward, daß jede Wahlversammlung zu genehmigen sei. Da kam ein neues Mittelchen an die Reihe: man suchte die Wirtze zu besammern, ihre Lokale nicht herzugeben, wie es in Hefheim, Flammersheim und selbst in der alten 48er-Stadt Frankenthal geschah. Ja, die Ketten ändern sich. Aber mit all diesen Maßregelungen ist die Sozialdemokratie noch nicht vernichtet. Eben diese Kräfte zeigen, daß sie eine gute Sache führt! Auch hilft es nicht, wenn das „Frankenthaler Wochenblatt“ seufzt: „Nicht denn nicht Einer da, der den Wählern entgegentritt?“ Auch derartige ebelmüthige Aufforderungen zum Kampfe: „Wenn die Kerle kommen, nehmt den Prügel“ u. s. fallen nur auf das Haupt Dessen zurück, der eine so edle Sprache führt. Stehet fest, Freunde und Genossen: seht, wie die Gegner in's eigene Fleisch schneiden, und thut alles, was erlaubt, was möglich ist, unserer Sache zum Sieg zu verhelfen und so mit beizutragen an der endlichen Befreiung der ganzen Menschheit.

Güstrow. Am 28. November hielten wir in unserer Nähe, im Dorfe Badendik, eine öffentliche Wählerversammlung ab, welche sehr stark besucht war. Auch die Herren von der liberalen Partei in Güstrow hatten sich zahlreich eingefunden. Hier ist zuerst zu bemerken, daß es diese Herren in Güstrow selbst niemals wagen, gegen unsere Redner aufzutreten; aber hier glaubten sie wohl auf die Dummheit der Landleute spekulieren zu dürfen; doch auch diese braven Leuten wollen nichts mehr von der liberalen Gesellschaft wissen. Um 7 Uhr Abends wurde die Versammlung durch Herrn Rothe eröffnet, welcher auf forderte, einen Vorsitzenden zur Leitung der Versammlung zu wählen. Da entstand auf einmal ein fürchterlicher Lärm, es wurde durcheinander gerufen: Rothe, Jansen (Liberaler), Obedrecht! Nach einstündigem Streiten wurden denn die Herren Obedrecht (Sozialist) als erster und Rothe (Sozialist) als zweiter Vorsitzender, als Schriftführer Hinrichs gewählt. Nachdem Herr Finn aus Berlin das Wort, welcher über die Beziehungen der verschiedenen politischen Parteien sprach. Zur Diskussion hatten sich gemeldet Herr Pastor Unbehagen, ein Bauer, Köster, und der Herr Advokat Weber aus Güstrow. Wesentliches wurde von denselben nicht vorgebracht, nur der alte Kohl von „Umsturz“ u. dgl. m. Nachdem die Herren gehörig von Finn hingeleuchtet waren, wurde folgende Resolution von Rothe gestellt, welche mit großer Majorität angenommen wurde:

Die heutige öffentliche Wählerversammlung geht von der Ueberzeugung aus, daß sämtliche politische Parteien den Bestrebungen der Arbeiterpartei als eine reaktionäre Masse gegenüberstehen; sie glaubt daher annehmen zu müssen, daß sämtliche Parteien in den gegnerischen Zeitungen über die von unseren Parteigenossen in Mecklenburg abgehaltenen Versammlungen auf Unwahrheiten beruhen, da es den Gegnern nur darauf ankommen kann, die Arbeiter von ihrem eigenen Interesse fern zu halten, um sie wieder von neuem für die anderen Parteien als Stimmvieh benutzen zu können. Ferner erklärt die Versammlung, daß die Bestrebungen der liberalen Partei den Staat ganz aushebt und ihn in eine bloße Gesellschaft der egoistischen Interessen umwandelt. Sie verurtheilt bei der Nacht, die sie erlangt hat und die im direkten Verhältnis mit ihrer Oberflächlichkeit steht, die wahrhafte Gefahr geistiger und sittlicher Verwilderung und einer modernen Barbarei. — Daher erklärt die Versammlung, daß die heutigen verdorbenen Zustände nur durch Aufklärung des Arbeiterstandes über seine eigene Lage beseitigt werden können.

Wir glauben, daß auch diese Versammlung, welche von 200 Mann besucht war, zur Durchbringung unseres Kandidaten des mecklenburgischen Wahlkreises, Hofbaurath Demmler, beitragen wird. Mit Gruß

Hinrichs, Schriftführer.
Grimmischau, 4. Dezember. Gestern Abend fand in unserm Nachbarorte Rosel eine sehr zahlreich besuchte Volksversammlung statt, in welcher der Reichstagsabgeordnete für den 18. Wahlkreis, Herr Julius Witteler aus Leipzig, Bericht erstattete. Aus dem sehr ausführlichen Berichte wollen wir nur besonders interessante Widerlegung des den sozialistischen „Vorwürfen“ insgesammt geäußerten Vorwurfs hervorheben, daß

nehmend auf ein im „Zwickauer Wochenblatt“ Nr. 277 enthaltenes „Eingekandt“, widerlegte Redner Punkt für Punkt die den sozialistischen Reichstagsabgeordneten gemachten Vorwürfe. Er legte dar, wie er 90 Tage ununterbrochen im Reichstage gewesen sei. Mitte Februar 1874 meldete er sich zum ersten Male zum Wort, und Mitte März war es ihm zum ersten Male vergönnt, von der Tribüne des Reichstags zu sprechen, gewiß ein deutlicher Beweis der im Reichstage gewährleisteten „Redefreiheit“. Den Vorwurf, daß er Handelsreisen nach Berlin gemacht habe, wies Redner als sich selbst widersprechend zurück, da er niemals in Berlin Geschäfte zu besorgen gehabt habe, und wenn er dort sei, er doch keine Reisen machen könne. Das ganze von den Gegnern im Namen von „Wählern des 18. Wahlkreises“ gefertigte „Eingekandt“ sei weiter nichts, als ein bei den Gegnern so beliebtes Mittel, den politischen Gegner beim Volke zu verächtlichen. Die Gegner, vorzüglich aus Planitz, machten ihm einen Vorwurf daraus, daß er im Reichstage nicht für die von genanntem Orte beim Reichstage eingereichte Petition um Errichtung einer Poststelle gewirkt habe, und konstatirte Redner, daß er von dieser Petition durchaus keine Kenntniß gehabt habe, und daß man wohl ihm, als dem Abgeordneten des Kreises, hätte Mittheilung machen müssen, wenn man von ihm verlange, daß er für die Petition eintreten solle. Zum Schlusse des mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Vortrags wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute in der Volksversammlung im Gasthof zu Rosel anwesenden Wähler des 18. Wahlkreises erklären sich mit den Ausführungen des Referenten Herrn Reichstagsabgeordneten Witteler und seinem Verhalten im Reichstage vollständig einverstanden und verpflichten sich, für die Wiederwahl desselben mit allen Kräften einzutreten.“

In die Parteigenossen des Stadt- und Landkreises Göln. Genossen! Vor einiger Zeit ist von einzelnen Freunden die Aufforderung an Euch ergangen, die Herausgabe eines eigenen Lokalblattes zu bewerkstelligen. Dieser Aufforderung gemäß haben die Vorarbeiten begonnen und die Herausgabe ist fest beschlossen und geordnet. Es ist durch eine öffentliche Versammlung hiesiger Genossen eine Verlagscommission von 11 Personen gewählt worden, welche das Eigenthumsrecht übernimmt. Diese haben nun unter sich den Genossen Friedrich Harrendorf zum Verleger gewählt, welcher der Behörde und der Öffentlichkeit gegenüber als Inhaber fungirt, aber durch Vertrag das Eigenthumsrecht mit den übrigen Commissionmitgliedern theilt. Das Blatt erscheint vom 1. Januar 1877 ab wöchentlich 1mal in der Größe des „Vorwärts“ unter dem Namen: „Göln'sche Freie Presse“ und wird redigirt durch unseren Parteigenossen C. Schumacher. Die Probenummer wird in vielen Tausend Exemplaren an den Weihnachtstagen verbreitet werden und soll zugleich als Wahltagblatt dienen. Es ist also endlich das langersehnte Ziel, eine eigene Presse zu haben, erreicht. Wenn auch damit noch lange nicht alle Wünsche befriedigt sind, so gehen wir doch die Hoffnung, daß wir im Laufe der Zeit, wenn die Verhältnisse des Arbeiterstandes etwas besser werden, ein tägliches Erscheinen des Blattes ermöglichen. Nachdem nun die Verlagscommission in Thätigkeit getreten ist und die Pflicht übernommen hat, nach allen Seiten hin nach besten Kräften zu wirken, so glaubt dieselbe sich berechtigt, hierdurch einen Appell an sämtliche Genossen und Freunde unserer Sache zu richten, um sie mit der freundlichen Bitte, daß alle diejenigen, welche in der Lage sind, in geistiger, sowie in materieller Hinsicht einen Beitrag leisten zu können, dies sobald als möglich thun, damit wir desto wirksamer und nachhaltiger unsere Sache versehen können.

Die Commission hat ferner den Genossen Joh. Kölliker, Alte Raue am Bach vis-à-vis Nr. 30, zum Kassirer gewählt, welcher beauftragt ist, alle für dieses Zweck eingehenden Gelder anzunehmen. Außerdem wird den Abonnenten des „Vorwärts“ an die Hand gegeben, einen etwaigen Beitrag auf Sammellisten, welche von der Verlagscommission zu diesem Zwecke ausgegeben werden, zu zeichnen.

Zum Schlusse richten wir noch die dringende Bitte an alle Genossen, überall in Stadt und Gemeinde allen sich bietenden Stoff zu sammeln, damit wir in der Lage sind, unsern Standpunkt in allen Verhältnissen zu entwickeln, nur muß bei allen Berichten die Wahrheit zu Grunde gelegt werden, damit wir getreu mit dem Motto: „Freiheit und Gerechtigkeit“ in den Klassenkampf eintreten können.

Mit Brudergruß zeichne
Die Verlagscommission.
NB. Die in Nr. 27 dieses Blattes angezeigte Broschüre: Rede Bebel's, gehalten am 19. November in Göln, ist heute von hiesigen Wahlcomitè von dem Stenographen J. A. Franke übernommen worden und kann von jetzt ab durch unseren Colporteur Joh. Bismann, Ehrenstraße, sowie von den Mitgliedern des Wahlcomitès zu herabgesetztem Preise bezogen werden.

Offener Brief
an die Wahlvorsteher des 18ten Schleswig-holsteinischen Wahlkreises.

Da nach § 10 des Reglements zur Ausführung des Wahlgesetzes für den Deutschen Reichstag jeder Wahlvorsteher aus der Zahl der Wähler seines Wahlbezirks einen Protokollführer und drei bis sechs Beisitzer ernannt, so fährt sich unterzeichnetes Comitè veranlaßt, angesichts der bevorstehenden Reichstagswahl einen Wunsch an die Herren Wahlvorsteher zu richten, nämlich den, daß bei der bevorstehenden Ernennung der Beisitzer auch die Arbeiter berücksichtigt werden möchten und ein oder zwei Wahlberechtigte aus ihrem Kreise als Beisitzer bei jeder Wahlurne hinzugezogen würden.

Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß bei allen bis jetzt stattgehabten Wahlen zum Deutschen Reichstage die Ernennung der Beisitzer in den einzelnen Bezirken meistens eine einseitige war, weil fast nirgends Arbeiter mit ernannt wurden. Es ist vielfach zu Anzuträglichkeiten gekommen, indem Arbeiter, trotzdem die Wahlhandlung öffentlich ist, am Tage der Wahl im Wahllokale verweilt von dem Vorsteher resp. den Beisitzern hinausgewiesen, ja sogar in vielen Fällen hinausgeworfen worden sind, weil die Herren des Wahlvorstandes meinten, die Arbeiter seien zur Ueberwagung da!

Es liegt daher in der Macht der Wahlvorsteher, solchen bedauerlichen Vorfällen, welche nie etwas Gutes im Gefolge haben, vorzubeugen, indem wahlberechtigte Arbeiter als Beisitzer mit hinzugezogen werden.

Möge dieser Wunsch berücksichtigt werden.
Es zeichet achtungsvoll
Das Arbeiter-Wahlcomitè in Ipehoe und Heide:
C. Kreuzberg. B. Off.
R. Schred. J. Ude.
J. Glasen. J. Off.

Erklärung.
In dem Vorwort zu der Broschüre „Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstags und der Landtage von 1874—1876“ beleuchtet von A. Bebel“ ist die unter fast dem gleichen Titel Ende 1873 in der unterzeichneten Verlagshandlung erschienene Broschüre zur Anschaffung empfohlen worden. Indem wir diese Empfehlung dankend annehmen, sehen wir uns zu der Erklärung veranlaßt, daß die auf Seite 6 und 7 jener Broschüre gegen Parteigenosse Hasenclever und den ehemaligen Allgemeinen deutschen Arbeiterverein gethanen Aeußerungen seitens des Verfassers zurückgenommen werden.
Leipzig, den 10. December 1876.
Genossenschaftsbuchdrucker.

Wähler
Nr. 9 ist erschienen und an diejenigen Orte zur Vertheilung gelangt.

Ihre Exemplare recht frühzeitig von den Filial-Expedienten zu beziehen, damit dieselben regelmäßig mit dem Verleger abrechnen können.
Die lokalen Parteiorgane werden gebeten, diese Notiz abzurufen.

Die Congreß-Protokolle 1876
sind bis auf einen geringen Rest vergriffen, wer also noch Exemplare wünscht, möge bald Bestellungen machen. Dieselben sind zu richten an J. Auer oder U. Derossi, Hamburg, Pferdemarkt 37.

Berichtigung.
In dem Bericht von Odeslohe sind die Data durch ein Versehen des Berichters unrichtig angeführt. Soll heißen: statt 11., 19. und 21. November 18., 26. und 28. November.
Nr. 31. des „Vorwärts“. A. R. Spr. statt A. J. Spr., wo auf eine Anfrage nach dem Preis eines Werkes geantwortet wird, daß dasselbe 2,20 R. koste.

Briefkasten
Der Redaktion. Hr. A. Müller in Brautweide. Wir haben Ihren Brief an Herrn Meier geschickt, mit der Bitte, die Sache aufzuklären. Wie wir von einem Sachverständigen hören, sind die ächten Anchovis allerdings bloß 2 Zoll lang und sind die unter diesen Namen im Handel befindlichen größeren Fische gar keine Anchovis. In diesem Punkt hätten Sie also unrecht. — D. Kappel Ihr Wink bere. der Candidatur wird berücksichtigt werden. — Ulrich in Görlitz. Wir haben Ihren Brief an den Vorstand geschickt; Sie werden von ihm Näheres hören. Sie haben vergessen, Ihre Adresse zu geben, sonst würden wir Ihnen schreiben. — E. St. in Kiel: Die Zurückstellung des betr. Berichtes ist auf Ihre Aufforderung erfolgt. — Ch. Tr. W. in Klingenthal: Die Notiz war im Blatte. — Abonnent in Stade: Wir haben nach Empfang Ihrer Postkarte sofort an Bahleisch geschrieben und ihn um einen Bericht gebeten. Leider nimmt die Wahltagation jetzt so viel Zeit in Anspruch.
Der Expedition. E. Thiel in Deup: Die Annonce der Genossenschaftler kostet 2,40 R., mithin haben Sie noch 0,90 R. einzufenden. — C. Boze, Wlächstadt: Wir werden recherchiren. — Schmidt, Ipehoe: Wir haben Ihre Reklamation der Post zur Recherche übergeben.

Zur Beachtung. Bitte von jetzt ab bis zur Wahl wegen meiner Abwesenheit auf Agitation alle Briefe u. in Parteielagenheiten an Herrn Diekmann, Cigarrenladen, Großer Karberg 1 in Hamburg, senden zu wollen.
Mit Gruß
Chr. Stord.

Antitung. Dr. Bgt hier Schr. 15,00. Anna Thonberg Ann. 0,80. Altrich Schr. 1,00. Ansd Dortmund Schr. 11,68. Als Delsing Schr. 6,00. Stroh Wänschen Schr. 8,40. Wm Frankfurt Schr. 2,20. Tep Berden Ab. 14,00. Wll Dresden Schr. 3,90. Schan Walbe Ab. 3,90. Fr Gieschen Ab. 12,00. Sigr Newporf Ab. 3,48. Wahlcomitè Hensburg Ann. 4,00. Wynn Paris Ab. 1,52. J. Franz Zürich Schr. 60,00. Witt hier Ann. 5,10. In Forstheim Schr. 7,90. Arnold Königsberg Ann. 1,50. A. Waf Riemes Ab. 8,74. St. Wll Weistrichen Schr. 8,63. G. Wll Reiningen Schr. 6,00. Ch. Stet Kiel Ab. 34,90. J. Wll London Ab. durch Schumacher 6,00. Plann Etemad Schr. 9,00. Wll Rannheim Ab. 40,00. Kdgr Halle Ab. 12,00. Erl St. Johann Schr. 18,92. A. Bernd Rittweida Ab. 5,25. Köhrthe Hof Ab. 8,40. Hymn Wänschen Schr. 1,20. W Rannheim Schr. 15,00. Hrd Stuttgart Ab. 7,20. Rishunn Connewitz Ab. 2,40. Ed. Fortin Paris Ab. 4,00. Schr. 7,80. Ch. Jerm Philadelphia Schr. 15,00. E. Ehrdt Kofuschen Schr. 10,00. W. Ris Ludau Ab. 13,15. J. Jan Hadamar Schr. 9,40. Wll Düsseldorf Ab. 12,00.

Wahlfonds.
Von einem 48—49iger in Rannheim 1,60. — Auf Sammelliste Nr. 13 durch A. 10,25.

Leipzig. Arbeiter-Bildungs-Verein.
Mittwoch: Monatsversammlung. Sonnabend: Vortrag von Hrn. Dr. Lindner. [30]

Leipzig. Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Sonnabend, den 16. December, Abends 1/9 Uhr, Versammlung bei Michaeli, Windmühlenstr. Nr. 7. Tagesordnung: Vortrag vom Vorsitzenden. [40]

Leipzig. bei Michaeli, Windmühlenstraße 7.
Donnerstag, den 14. December, Abends 1/9 Uhr, öffentliche Sozialisten-Versammlung. [50]

Tagesordnung: Die Kleingewerbetreibenden und die nächste Reichstagswahl. Referent Sauer. Die Regelung der Agitation im 13. Wahlkreis, Vertheilung vom Stimmzetteln u. Der Agent. [80]

Leipzig. Commission zur Begründung eines Verkehrslokals.
Freitag, Abends 8 Uhr, Besprechung im Thüringer Hof (Burgstraße). [90]

Am 1. Januar wird die Centralherberge der Gewerkschaften im Thüringer Hof eröffnet, da es nun von Interesse alle Versammlungen dort abzuhalten, so werden die Vorstände ersucht, alle zu erscheinen um die Tage der Versammlungen zu bestimmen. Der Vorstand. [90]

Ottensen. Donnerstag, 14. December, Abends 8 1/2 Uhr, in Burmeister's kleinen Salon, 1. Treppe: Sozialisten-Versammlung. [100]

Tagesordnung: Organisation zur Wahl und sehr wichtige Angelegenheiten. Alle, die es aufrichtig mit unserer Sache meinen, ersuche ich zu erscheinen. J. Heerhold. [100]

Herr Grün, der am 5. Juli 1875 zu Königsberg in Pr. in Geschäften verweilt, wird hierdurch ersucht, der Redaktion des „Vorwärts“ schleunigst seine Adresse zu nennen, da sein Zeugniß in einem wichtigen politischen Prozesse von einem Parteigenossen dringend verlangt wird. [150]

Achtung!
Sorbien erschien:

Die Jackel.

Sozial-demokratisches Wahltagblatt Nr. 16 für den 10., 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreis.

Inhalt: Achtung! — Offener Brief an Hrn. E. Hoffe, Direktor des Leipziger statistischen Bureau's. — Correspondenz. — Das neue Wirtshaus. — Fackelstunfen. Preis per Stück 5 Pf., Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. — Bestellungen bei der Expedition des „Vorwärts“, Färberstraße 12, Leipzig. Verlag der „Fackel“.

Nr. 17 wird Dienstag 11 Uhr ausgegeben.

Zur Beachtung!
Wir beabsichtigen dem vorliegenden Hefte (Nr. 17) der Neuen Welt eine

Extra-Annoncenbeilage beizugeben und berechnen die dreispaltige Petitzelle oder deren Raum mit 50 Pfg.

Bei der großen Auflage — 21,000 — der Neuen Welt sehen wir zahlreichen Aufträgen entgegen und erühen Respektanten, uns ihre Inserate unter Beilegung des Betrag rechtzeitig einzusenden. — Eine Zeile faßt etwa 8 Worte.

Die Expedition des „Vorwärts“.
Färberstr. 12/11.